

Dresdner Volkszeitung

Herausgeber: Dresden
Aden & Comp., Nr. 1208

Organ für das **werktätige Volk**

Postamt: Adm. Senatpost. Dresden.
Beitrag für den Verleger, Anzeigens-
und Sonstige, R.-G. Dresden,
Gebäude Hertzsch, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Dresden

Vertrag mit der Reichlichen Haushaltungsbekleidungsanstalt...
Telegramm-Adresse: Dresden, Volkszeitung

Schriftleitung: Wetzlarer Str. 20, Dresden
Besitzverhältnisse: Vereinsregister Nr. 1208, Dresden

Einzelnummer 10 Pfennig
Abonnementpreis: für ein Jahr 200 Pfennig

Am die Steuern, Zölle und die Parlamentsvertagung

Berlin, 24. März. (Sig. Funk.) Der Reichstag hat die letzten Abendstunden mit den Führern der Reichstagspartei verbracht. Mit den Führern der Reichspartei und Reichstagspartei wurde vor allem die Frage erörtert, was im nächsten Schritt zu tun sei. Nachdem im Plenum die Steuerfrage der Sozialdemokratie angenommen worden, parlamentarischen Kreisen nimmt man an, daß die Reichstagspartei sich bemühen wird, den Reichstag zur Einlegung des Einspruchs gegen die Steuerbeschlüsse des Reichstags zu bewegen.

Die Verhandlungen von Regierungsmitgliedern mit Sachverständigen der Parteien über die Zollvorlage, durch die die Zolltariffrage geregelt werden soll, ist ebenfalls in der Gange. In den Verhandlungen wurden ebenfalls noch zu keinem Ergebnis gebracht. Die Frage ist, ob die Zolltariffrage an bestimmte Bedingungen geknüpft werden soll und an welche. Insbesondere, ob die Zolltariffrage nur bei einer Änderung der Zolltariffrage in der Richtung der Zolltariffrage aufgegeben werden soll.

Der Verbleib eines Hafentrennmörders

Der Hafentrennmörder, der in Hamburg in der Hafentrennung ermordet wurde, ist nach den neuesten Nachrichten in der Provinz niedergerichtet. Er entstammt einer angesehenen Familie. In der Provinz lebte er in einer kleinen Stadt in der Provinz. Er hatte seinen Wohnort auf dem Hofe. In der Provinz lebte er mit seiner Frau und Kindern. Nach dem Krieg wollte er nicht weiter lernen, er wollte in der Provinz leben. Er ist ein Mann, der nicht besonders intelligent ist und wurde des Öfteren verurteilt, weil er sich nicht an die Regeln hielt.

Das ist der typische nationalsozialistische Mörder. Durch den Nationalsozialismus werden die Menschen in der Provinz verurteilt. Die nationalsozialistische Bewegung hat die Menschen in der Provinz verurteilt. Die nationalsozialistische Bewegung hat die Menschen in der Provinz verurteilt. Die nationalsozialistische Bewegung hat die Menschen in der Provinz verurteilt.

Die sozialdemokratischen Steuerforderungen

Einspruch des Reichsrats?

Der bürgerliche Widerstand gegen Belastung der Großverdiener

Im Reichstag wurden am Montag die sozialdemokratischen Steueranträge angenommen, die eine Abgrenzung der Steuer von allen Aufsichtsratsanteilen und eine Erhöhung des Zuschlages zur Einkommensteuer von 5 auf 10 Prozent bei allen Einkommen über 20 000 M. vorsehen.

Bisher beträgt die Einkommensteuer nach der Notverordnung vom 27. Juli 1930 nur 2½ Prozent, und nach derselben Notverordnung wird bei allen Einkommen von über 8000 M. ein Zuschlag zur Einkommensteuer von 5 Prozent erhoben.

Die sozialdemokratische Fraktion ist bei der Aufstellung ihrer Forderungen sehr zurückhaltend gewesen, sie hat nicht gefordert, was bei der berechtigten Not ohne weiteres gerechtfertigt gewesen wäre, daß bei allen Einkommen über 5000 M. der Zuschlag auf 10 Prozent erhöht wird, sondern sie hat sich darauf beschränkt, eine Erhöhung der Einkommensteuern nur für die besonders leistungsfähigen Steuerzahler mit einem Einkommen über 20 000 M. zu fordern.

Wird Gejet, was unsere Fraktion forderte, so würden nur Steuerzahler betroffen, die die ihnen zugehörtene Weiblastung leicht tragen können. Mit den Herrn Aufsichtsräten, die ihre Einkommen in der Regel ohne jeden nennenswerten Arbeitsaufwand erzielen, braucht wirklich niemand Mitleid zu haben, und die Menschen mit einem Einkommen von über 20 000 M. können sehr wohl noch einige hundert oder, wenn es sich um ganz große Einkommen handelt, einige tausend Mark mehr Steuern zahlen, ohne daß sie in ihrer Existenz bedroht sind.

Durch die Annahme der sozialdemokratischen Anträge im Reichstag sind freilich die Geiete noch nicht unter Dach und Fach. Der Reichsrat kann gegen die Beschlüsse des

Reichstags Einspruch erheben. Befiehlt das, dann kann der Reichspräsident über die Frage einen Volksentscheid anordnen, was selbstverständlich in diesem Falle nicht geübt wird. Weist der Reichsrat mit Zweidrittelmehrheit den Einspruch des Reichstages zurück, dann muß allerdings der Reichspräsident das Gesetz verkünden oder einen Volksentscheid anordnen. Da im Reichstag eine Zweidrittelmehrheit für die sozialdemokratischen Steueranträge nicht vorhanden ist, würde voraussichtlich ein Einspruch des Reichsrates verhindert, daß die sozialdemokratischen Anträge Gesetz werden.

Daß im Reichsrat sich eine Mehrheit für einen Einspruch findet, ist bei der gegenwärtigen Zusammensetzung der meisten deutschen Landesregierungen sehr wahrscheinlich, selbst dann, wenn die preussische Regierung sich gegen den Einspruch wendet. Die preussische Regierung vertritt nur über die Hälfte der preussischen Reichsratsstimmen, während die andere Hälfte der Stimmen von Vertretern der preussischen Provinzen geführt wird, die zum Teil rechtsstehenden Parteien angehören und daher für den Einspruch stimmen dürften.

Die unerbittliche Einmütigkeit gegen die sozialdemokratischen Forderungen sind, haben wir schon mehrfach dargelegt. Die deutschen Kapitalisten und ihre Vertreter in den Parlamenten und in den Regierungen sträuben sich mit Händen und Füßen dagegen, daß den Besitzenden die Opfer auferlegt werden, die sie bei der entsetzlichen Notlage eines so großen Teiles des Volkes tragen müßten. Das deutsche Volk bekommt jetzt die Quittung für den Ausfall der Wahlen am 14. September.

Hätte das deutsche Volk am 14. September besser gewählt, so wäre im Reichstag eine 2/3-Mehrheit für die sozialdemokratischen Steueranträge vorhanden, und der Reichsrat könnte mit seinem Einspruch nichts ausrichten.

Aufregung im Ausland

Proteste gegen die deutsch-österreichischen Vereinbarungen

Die Meldungen über den Plan einer deutsch-österreichischen Zollunion haben im Ausland starke Proteste hervorgerufen, und zwar besonders in Frankreich und der Tschechoslowakei. Die französische Regierung hat sich bereits mit dem Plan beschäftigt, und die französische Presse äußert sich sehr ausgelegt. So spricht die Echo de Paris von einer Wiederherstellung des Pan-Germanismus, der mit dem deutsch-österreichischen Zollverein anfangen würde.

Der Rat in der Tschechoslowakei hat die französische Regierung davon in Kenntnis gesetzt, daß sie auch eine Europa-Union, und zwar mit Deutschland und Österreich als Kern, zustande bringen könnten. Sauerwein glaubt daher, daß die Außenminister der Großmächte von der deutsch-österreichischen Kombination alles ablehnen würden, was der Auffassung einer europäischen Union zuwiderläufe.

Von dem Generalsekretär des französischen Ministeriums der Kolonien seien bereits dem deutschen Botschafter die Vorbehalte der französischen Regierung mitgeteilt worden. Nur Leon Blum wendet sich in dem sozialdemokratischen Populäre gegen die mannigfachen Kundgebungen der bürgerlichen Presse. Es sei klar, so meint er, daß Österreich sich zu Deutschland hingezogen fühle. Wien soll in einer Unterredung mit dem deutschen Botschafter erklärt haben, er müsse auch erst weitere Einzelheiten abwarten.

Auch in der tschechischen Presse wird vielfach gegen das Abkommen Sturm gelaufen. Die Zollunion, so wird behauptet, sei ein Vorwand für den politischen Anschluß, ein Beitritt der Tschechoslowakei zur Zollunion wäre aus politischen Gründen unmöglich. Die tschechischen Koalitionsparteien richteten im Senat an den Außenminister Benech eine Interpellation, in der gefragt wird, daß durch das deutsch-österreichische Abkommen die Interessen der Tschechoslowakei in wirtschaftlicher und politischer Hinsicht berührt werden. Benech soll sich darüber äußern, in welcher Weise die tschechische Regierung vorgehen

wolle, um ihre Interessen und die ihrer Verbündeten zu schützen.

In London hat man begrifflicherweise die Nachricht ruhiger aufgenommen, aber auch dort soll sie verstimmt gemittelt haben. Das Blatt der Arbeiterpartei, Daily Herald, führt u. a. aus, daß die Klausel des Vertrages von St. Germain, die den politischen Zusammenschluß zwischen Deutschland und Österreich verbietet, eine der größten Torkheiten des Friedensschlusses von 1919 gewesen sei, aber die Verbotsklausel in Europa bestehe nun einmal. Dr. Curtius und Dr. Schöber wären flüchtig beraten gewesen, wenn sie noch etwas gewartet hätten, auf jeden Fall wäre es ein schwerer Fehler, die selbstverständliche internationale Verpflichtung außer acht zu lassen und durch die plötzliche und geheime Art des Abkommens Verdacht zu erwecken. Die gleiche Auffassung kommt auch in der englischen konservativen Presse zum Ausdruck.

In Wien haben am Sonntagabend die diplomatischen Vertreter Frankreichs, Italiens und der Tschechoslowakei bei Schöber Einspruch gegen die geplante Zollunion erhoben und sich dabei auf das Genfer Protokoll von 1922 berufen. Damals übernahmen England, Frankreich, Italien und die Tschechoslowakei eine Garantie für eine Anleihe, die Österreich gewährt wurde, und in einem in Bezug von der österreichischen Regierung unterschriebenen Protokoll ist gesagt:

„nach den Bestimmungen des Artikels 88 des Vertrages von Saint Germain ihre Unabhängigkeit nicht antreten zu lassen, und sich jeder Verbindung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die diese Unabhängigkeit direkt oder indirekt gefährden könnte. Diese Verpflichtung hindert jedoch die österreichische Regierung nicht in ihrer Freiheit in Bezug auf die Zolltarife und die Handelsverträge gemäß dem Vorkriegsstande, Österreich darf auch seine wirtschaftliche Unabhängigkeit nicht antreten lassen durch die Genehmigung besonderer Vorteile an irgendeinen einzelnen Staat.“

Es wird natürlich von den Einzelheiten des zwischen Deutschland und Österreich abzuschließenden Abkommens und von der Auslegung, die man der in Frage kommenden Stelle des Genfer Protokolls gibt, abhängen, ob ein Verstoß

Bankkandal in Paris

Paris erlebt in diesen Tagen einen für den Reichsraum vieler Jahre typischen Bankkandal. Bekanntlich führt die Bank des bürgerlichen Frankreichs, seine Gelder in gut fundierten Wertpapieren anlegen, dazu, daß er seine Inhaberkontenverpflichtungen auslöst, daß er seine Gelder zweifelsfrei an den Staat überträgt, die ihm durch die Bank, die sogenannten „demarcheurs“, den Himmel auf den Kopf zu bringen. Es handelt sich diesmal um den Bankkandal der „Banque des Dépôts et de Comptes Courants“, die seit 1928 ein aus Algerien stammendes französisches Unternehmen gegründet hatte. Mit den ihm anvertrauten Geldern konnte er seinen Kunden keine Zinsen zahlen, sondern die mit ihnen auf eigene Rechnung an der Börse. Da die Spekulationen fehlschlugen, geriet er natürlich schnell in finanzielle Schwierigkeiten. Das brachte den Bankkunden den Verlust ihrer Gelder. Er gab sich dann mit einem Bankrott den Kopf. Er gab seinen Kunden Aktien von unternehmerischer Natur, die von den Kunden nicht anerkannt wurden, aber in diesen Aktien ein Teil der Verluste abdecken sollte. Die Kunden verlangten natürlich ein halbes Jahr all waren, nämlich eingezahlt, daß natürlich in der Kasse auch nicht einmal ein Pfennig da war, dagegen eine enorme Anzahl von vollwertigen Aktien. Das ganze Personal der Bank bestand, wie bekanntlich wurde, aus einem einzigen Angestellten, der „Cassier“, Kassierer, Werber und — Studienrat in der Abwesenheit des Bankiers und des Angestellten wurde er von einer Reinmachefrau aus dem Hause demant...

Verhängnisvoller Streit

Im ersten Auseinandersetzungen kam es Montag mittig im ...

Gewaltstun am Ockerfest, am 4., 5. und 6. April. Für ...

Freihaltung der Eingangsstrepe vor dem Landgericht. Der ...

Arbeitsgericht. Einem kaufmännischen Vertreter, der mit ...

Diebstahlprozess. Angeklagt war ein früherer Werkmeister ...

Musikalische Veranstaltung für Arbeitslose. Das Arbeits-

gemacht, daß außer der Eintrittskarte die grüne oder die gelbe ...

Die Deutsche Reichsbahngesellschaft, Reichsbahnausbesserungs-

Variété im Dreikaiserhof. Wiederholung der Variété-

Professor Krosch kehrt ab. Als Nachfolger des Professors ...

Der Moskauer Lügenprozeß

hat beim internationalen Proletariat ungeheures Aufsehen ...

Wir klären auf!

Freitag, den 27. März, abends 8 Uhr, findet im ...

Genosse R. Abramowitsch

der in dem Prozeß in Moskau so viel Genannte und Verleumdete, wird sprechen.

Eintritt 30 Pf., Erwerblose und Rentner 20 Pf. Parteimitglieder, Gewerkschafter und Arbeitersportler, erscheint in Massen.

Schwarze Chronik

Ein Kauf der Treppe gestört. In dem zum hiesigen ...

Bei der Arbeit verunfallt. Ein bei den Ausschachtungs-

Wissensbrecher festgenommen. Eigentümer gesucht. In den ...

Am Februar 1930 wurden im Bezirk ...

Das bedeutet, daß die Befragung der Kopf innerhalb zwei ...

Die meisten Gemeinden des Bezirks sind schon seit geraumer ...

Die unterzeichneten berufstätigen Gemeindeglieder des ...

Am Samstagabend wurde ein Bezirksrat der Amtshauptmann-

Das bedeutet, daß die Befragung der Kopf innerhalb zwei ...

Am Samstagabend wurde ein Bezirksrat der Amtshauptmann-

Das bedeutet, daß die Befragung der Kopf innerhalb zwei ...

Am Samstagabend wurde ein Bezirksrat der Amtshauptmann-

Das bedeutet, daß die Befragung der Kopf innerhalb zwei ...

Vereins- und Versammlungs-Kalender

Reiseneinsicht der Altonaer Kunststätten, Kunstwerke und Arbeiter ...

Einigen für den Verein, und Versammlungskalender, für die ...

selbstgenommen. Er ist derjenige, der diese Einträge ausgefüllt ...

Parteinachrichten für Groß-Dresden

Elektroniat: Bettendorferplatz 10, l. e. - Fernspr. 18367 u. 18476

Gruppe 1. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 2. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 3. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 4. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 5. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 6. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 7. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 8. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 9. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 10. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 11. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 12. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 13. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 14. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 15. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 16. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 17. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 18. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 19. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 20. Gruppenabend Donnerstag im ...

Gruppe 21. Gruppenabend Donnerstag im ...

Verabschiedung des Bezirkshaushaltplanes

Die Finanzierung auf dem Papier - Auserwählte Bezirksumlagen

Am Samstagabend wurde ein Bezirksrat der Amtshauptmann- ...

Bezirke, zu denen ganz Sachsen gehört, endlich kein Geld so viel ...

Die Erdbehrungsfahr steigt!

Brand, 23. März. (Eig. Trahterdruck.) Der Erdbehrungsfahr ...

Sachsen

Sagt die Fraktion der Deutschen Volkspartei? Herr Harbts Doppelrolle

Der Große Harbts — Wandmann hat eine Erklärung darüber abgegeben, die die Fraktion der Deutschen Volkspartei im Reichstag nicht erdrückt. Das Gericht sagt in der Urteilsbegründung, daß diese Aufnahmen nicht gefälscht sind und außer dem von Harbts ein Anhalt für dessen Stellungnahme liegt. Da man an einem Ehrenwort nicht zweifeln darf, so Harbts für Kung gestimmt. Gerade dadurch aber Herr Harbts legt in einem noch sonderbareren Licht. Die Wandmann vor Gericht mehrere Male mit voller Bestimmtheit, hat Harbts am Tage nach der Abstimmung selbst an die Fraktion der Deutschen Volkspartei geschrieben, daß sie im zweiten Wahlgang keine abgegeben habe. Harbts und sein Anwalt haben diese Wandmanns, die dieser immer wiederholte, jedesmal ungeduldig hingehen lassen. Auch als Wandmann dafür ganz besondere Angaben, versuchten sie nicht etwa den Gegenbeweis zu erbringen, sondern beschränkten sich lediglich darauf, diese Angelegenheit als eine Meinungsfrage, die sich das Gericht nicht annehmen dürfe, nach dem alten Rechtsgrundsatz *consensu videtur* — wer schweigt, gibt zu — so jeder glauben, daß Harbts die Behauptung Wandmanns, er habe die Fraktion der Deutschen Volkspartei nicht verlassen, als richtig anzunehmen hat. Harbts hat aber damit gleichzeitig zugestanden, daß er die Fraktion gegenüber ein Doppelspiel getrieben hat. Er hat für Kung; und am Tag darauf befragt er sich an der Fraktion, ob sie die Fraktion der Deutschen Volkspartei verlassen hat. Harbts hat also seine eigene Fraktion gegen sich selbst gestellt. Harbts hat also seine eigene Fraktion gegen sich selbst gestellt. Harbts hat also seine eigene Fraktion gegen sich selbst gestellt.

Aus den Organisationen

SPD-Funktionäre für die Reichstagsfraktion
Eine Konferenz der Funktionäre im Unterbezirk Borna, die am 22. März im Wohnhaus der Funktionäre des Unterbezirks Borna stattfand, beschäftigte sich mit der Aussprache mit den letzten Abstimmungen im Reichstag, wichtiger und lebensnotwendiger als die Frage der Parteipolitik. Die Konferenz für den Wahlkampf der deutschen Arbeiterpartei die Erhaltung und Verteidigung der Reichstagsfraktion unter allen Umständen. In diesem Zusammenhang sprechen die Delegierten der Reichstagsfraktion ihr volles Vertrauen aus. Sie bedauern sehr, daß sie im Angesicht der gegenwärtigen Situation die Haltung der neuen Genossen, die gegen den Beschluß der Fraktion stimmten, durchaus nicht verstehen können.

Vom schlafenden Bürgerlein

Die Gemeinde, Halbmonatschrift für sozialistische in Stadt und Land, druckt aus dem Fredericus folgendes Notiz ab:
Hörbig (Hörbig Sachsen) ist eine glückliche Stadt. Denn dort, wo die Arbeiterpartei regiert, ist die soziale Lage der Bevölkerung in jeder Hinsicht im vollen Maße gesichert. Die Arbeiterpartei hat die Aufgabe, die soziale Lage der Bevölkerung in jeder Hinsicht im vollen Maße gesichert zu halten. Die Arbeiterpartei hat die Aufgabe, die soziale Lage der Bevölkerung in jeder Hinsicht im vollen Maße gesichert zu halten.

Die Leipziger SPD, treu zur Partei
Die SPD, verbreitet im ganzen Reich die Schwindelmeldung, daß die Leipziger SPD, treu zur Partei sei. Die Leipziger SPD, treu zur Partei sei. Die Leipziger SPD, treu zur Partei sei.

Die Jugend treu zur Partei
Der Sieg des Sozialismus ist nicht möglich durch die Tätigkeit eines Einzelnen, sondern nur durch die Mitarbeit aller proletarischen Klassen auf demokratischer Grundlage. Die Jugend erkennt diesen Gedanken, trotz dem Widerstand der Kommunisten, an und ist gewillt, in diesem Sinne für den Sozialismus zu kämpfen.

Mord mit „Front Heil“

Sturmtruppführer des Stahlhelms als Raubmörder

Der dem Schwurgericht Raffel hatten sich der erwerbslose Kaufmann Gottlob Schmidt und sein 21-jähriger Stiefsohn August Schmidt wegen Raubes und Mordversuchs zu verantworten. Dem Antrag des Staatsanwalts entsprechend wurde Gottlob Schmidt zu sechs Jahren, August Schmidt zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt.
Beide waren beschuldigt, am 18. Dezember 1930 den Angestellten einer Nähmaschinenfirma im Auto überfallen und beraubt zu haben. Dabei sollen sie die Koffer geholt haben, den Angestellten zu töten. Gottlob Schmidt hatte vergeblich versucht, auf das Knie seiner Mutter eine Hand zu legen, mit der er eine Geldtasche finanzieren wollte. Als er seinen andern Ausweg sah, kam er auf folgenden Plan: In Schwere war die Filiale einer Nähmaschinenfirma, von der mehrere Male in der Woche die Einnahmen abgeholt wurden. Vater und Sohn kamen nun überein, den Geldtransport zu überfallen. Zunächst wollten sie eine Verkleidung mit dem Angestellten der Firma. Wenige Tage darauf führten sie ihren Plan aus. Auf der nach Wilschhausen führenden Straße erhielt der Angestellte plötzlich von Gottlob Schmidt mehrere Schläge auf den Kopf, so daß er das Bewußtsein verlor. Als er wieder zu sich kam, hörte er den Sohn rufen: „Koch einen Schlag, er muß sich noch“, worauf der Angestellte voller Todesangst davonrannte. Die Täter, die nun beschuldigt wurden, schickten ebenfalls mit dem erbeuteten 3200 M. Sie fuhren zunächst nach Kaiserlautern. Hier fand der Sohn Eingang in nationalsozialistische Kreise, in denen er sich für einen Baron von Große ausgab und den Hosen Herrn machte. Als der Vater Wind davon erhielt, daß seine und seines Sohnes Verhaftung bevorstand, flüchtete er aus Kaiserlautern und landete schließlich in Wilschhausen. Hier wurde er an einen Stahlhelmkameraden in Wilschhausen einen Brief, den er mit „Front Heil“ unterzeichnete und der in die Hände der Polizei gelangte.

Gottlob Schmidt war lange Zeit hindurch Sturmtruppführer des Stahlhelms in Wilschhausen gewesen. Durch den Brief hatte die Polizei sehr bald den Aufenthaltsort des Vaters ermittelt und verhaftete ihn im Obdachloshaus der Weißarmen. Der Sohn, der in Kaiserlautern festgenommen werden konnte, hatte vor der Polizei sowie bei richtiger Vernehmung eingestanden, daß beschuldigt war, den Angestellten zu töten und das Auto und die Koffer in Brand zu setzen, um so alle Spuren zu verwischen. In der Verhandlung vor dem Schwurgericht leugnete die Angeklagten, Tötungsabsichten gehabt zu haben, wurden aber durch die Beweisführung überführt.

Securiter mit den Mietern
Die Vertreter des Landesverbandes Sachsen im Bund Deutscher Mietervereine, U. V., trafen am Sonntag in Dresden zu einer Konferenz zusammen, in der über Miet- und Wohnrechtsfragen sowie über die neue sächsische Wohnungsordnung beraten wurde. In einer angenommenen Entschließung wird im Rahmen des Preisbauprogramms der Reichsregierung auch eine Senkung der Mieten gefordert. Die außerordentliche Schwärzung der Wohnungsbaupolitik dürfte zu einer starken Einschränkung der Wohnungsbaugeschäfte führen. Die Mieterchaft fordert daher Abkehr von der Preispolitik des Wohnungsbaus und Bereitstellung ausreichender Mittel für das neue Baujahr. Im übrigen wird gegen jeden weiteren Abbau des Mieterschutzes schärfster Einspruch erhoben.

Herbert Urban haftentlassen
Der Untersuchungsrichter beim Amtsgericht Berlin-Witte entließ den Chauffeur Herbert Urban, der sich selbst der Beihilfe bei der Ermordung des Direktors Schmalzer vom Mercedes-Wagen in Neudamm bezichtigt hatte, aus der Haft. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er keine Angaben frei erfinden konnte, um seinen Bruder Karl zu entlasten. Karl Urban hat im übrigen die Tat gestanden.

Freitod auf der Schäferwand
wsl. Bobendach a. G., 24. März. Die 20jährige Kontoristin E. aus Illersdorf führte sich in selbstmörderischer Absicht bei der Ermordung des Direktors Schmalzer vom Mercedes-Wagen in Neudamm bezichtigt hatte, aus der Haft. Es konnte ihm nachgewiesen werden, daß er keine Angaben frei erfinden konnte, um seinen Bruder Karl zu entlasten. Karl Urban hat im übrigen die Tat gestanden.

Chaplin in Paris
Paris, 23. März. (Fig. Drahtbericht.) Charlie Chaplin ist in Paris eingetroffen und hier mit demselben Jubel wie in Berlin begrüßt worden. Chaplin war am Montag von Brian zum Eilen im Flughafen eingelaufen.

Wilkens hat Pech
Bei der ersten Ausfahrt des U-Bootes Rautaus, mit dem Sir Hubert Wilkins bis zum Nordpol gelangen will, ereignete sich ein bedauerlicher Unglücksfall, der hoffentlich nicht als böses Omen für das geplante Unternehmen angesehen ist. Bevor das Schiff auf der See von Frodoan, wo es von Jean Jules Verne, dem Enkel des bekannten französischen Schriftstellers, gesteuert werden sollte, eintraf, wurde ein Steueremann mit über der Bord gepült und konnte nur als Leiche geborgen werden.



Erlebnisse mit Tieren und Menschen
Mit dem Hund ...

Zu haben in der Volksbuchhandlung u. ihren Filialen.

Sie erreichen Ihren Zweck
auch durch ein kleines in der

Dresdner Volkszeitung
erschließendes Inserat

Als die Firma verkrachte
Von Nathan Asch
Ein Roman unserer Zeit, der den Menschen im Kampf mit dem Wirtschaftlichen schildert.
Statt 5,50 nur 3,40 M.
Dresdner Volksbuchhandlung und ihre Filialen



Schokoladen und Kakao

billig

Schokoladen		Kakao	
100-g-Tafel			
Crema-Schokolade in versch. Füllungen	20 ¢	Kakaopulver, lose	20 ¢
Skua-Schokolade Extra-Vollmilch	25 ¢	Kakao „Wewag“	35 ¢
Vollmilch-Schokolade „Bergland“	25 ¢	Tell-Kakao, braun	35 ¢
Feine Dessert-Schokolade „Blaugold“	25 ¢	Reichardt-Kakao, 1 Wappen	35 ¢
Speise-Schokolade „Burg Rheinstein“	25 ¢	Hansi-Kakao, braun	45 ¢
Skua-Schokolade „Halbblitter“	25 ¢	Sarotti-Kakao „Frühstück“	45 ¢
Falter-Vollmilch-Nuß	25 ¢	Reichardt-Kakao, 3 Wappen	45 ¢
Skua-Alpenmilch-Schokolade	30 ¢	Tell-Kakao, blau	54 ¢
Vollmilch-Nuß-Schokol., m. ganz. Nüss.	30 ¢	Haferkakao-Mischung	17 1/2 ¢
Skua Saturn-Herb-Schokolade	30 ¢	Schokoladenpulver, lose	25 ¢
Silva-Vollmilch-Schokolade	35 ¢		
Silva-Schmelz-Schokolade	35 ¢		
Reichardt Vollmilch Pilatus	35 ¢		
Reichardt „Bona mild“	35 ¢		
Hansi-Milch-Schokolade	40 ¢		
Riedel & Engelmann Vollmilch	40 ¢		
Petzold & Aulhorn Deutschmeister-Schokolade	40 ¢		
Feine Sahne-Schokolade in Stanniol	40 ¢		

Auf vorstehende Preise gewähren wir noch Einkaufs-Gutscheine, die mit **6 Prozent Rückvergütung** am Jahreschlusse in bar ausgezahlt werden, worauf wir beim Vergleich mit anderen Preisen zu achten bitten

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz

A.-G., Zweigniederlassung Dresden 17844

